



Ça y est? Im Kanton Zürich soll in der Primarschule künftig kein Französisch mehr unterrichtet werden. Foto: Gaëtan Bally

# Nach Zürichs Nein zum Frühfranzösisch will Baume-Schneider Gesetz ändern

**Streit um Sprachunterricht** Der Zürcher Kantonsrat will die Französischlektionen in der Primarschule abschaffen. Wie reagiert die zuständige Bundesrätin, und was machen die anderen Kantone? Die wichtigsten Antworten.

## Markus Brotschi

Der Zürcher Kantonsrat will den Französischunterricht in der Primarschule abschaffen. Er forderte die Regierung mit einer Motion auf, ihn auf die Sekundarschule und das Gymnasium zu beschränken. Begründet wurde der Schritt mit dem überladenen Lehrplan der Primarschule.

### — Wie reagiert der Bundesrat auf den Zürcher Entscheid zu Frühfranzösisch?

Das Innendepartement von Elisabeth Baume-Schneider nimmt den Entscheid des Zürcher Kantonsrats «mit Beunruhigung zur Kenntnis». Die Mehrsprachigkeit sei ein Wesensmerkmal der Schweiz und das Lernen einer zweiten Landessprache für den nationalen Zusammenhalt von grosser Bedeutung, heisst es in der Stellungnahme. Der Beschluss des Zürcher Kantonsrats gefährde den nationalen Sprachenkompromiss.

### — Wird der Bundesrat nun eingreifen?

Das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) verweist darauf, dass es den Kantonen freistehet, innerhalb der Konferenz der kantonalen Bildungsdirektionen eine Neuverhandlung der Sprachenstrategie zu verlangen. Für den Fall, dass die Kantone aus dem geltenden Sprachenkompromiss ausscheren, droht aber ein Eingreifen des Bundes. Aus dem EDI ist zu hören, dass Bundesrätin Baume-Schneider in diesem Fall eine Ergänzung des Sprachen gesetzes vorschwebt. Dort soll festgeschrieben werden, dass der

## Der Beschluss der Zürcher gefährde den nationalen Kompromiss, heisst es aus Bern.

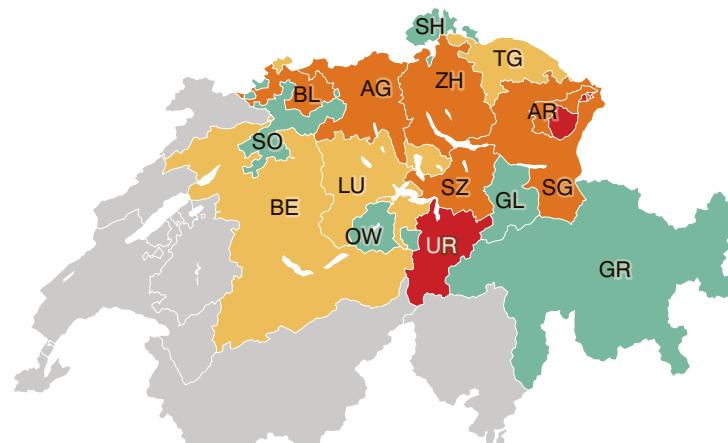
Unterricht in einer zweiten Landessprache in der Primarschule beginnen muss. Sie will im Bundesrat in naher Zukunft eine Aussprache dazu führen.

### — Welche Kantone planen eine Abschaffung von Frühfranzösisch?

In 12 der 19 Deutschschweizer Kantone (inklusive Zürich) sind entsprechende parlamentarische Vorstösse pendent oder bereits beschlossen worden. Hängig sind die Entscheide in den Kantonen St. Gallen, Thurgau, Bern, den beiden Basel, Luzern, Nidwalden, Schwyz und Zug. Bereits diesen

## Französisch-Unterricht in der Primarschule

In zwölf Kantonen in der Deutschschweiz laufen Bestrebungen, Frühfranzösisch zu kippen. Zwei haben es gar nie eingeführt.



Grafik: can, cb / Quelle: Eigene Recherche, EDK

Frühling hat Appenzell Ausserrhoden entschieden, den Französischunterricht auf Primarstufe abzuschaffen. Der Aargauer Grosser Rat hat beschlossen, dass Primarschulkinder nur noch Französisch lernen sollen, wenn sie in Deutsch gut genug sind.

### — Wie reagieren kantonale Bildungsdirektoren auf die Motion aus Zürich?

Für die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK) sind die Mehrsprachigkeit und das Sprachenlernen zentrale Anliegen der Volksschulbildung. Das Erlernen einer zweiten Landessprache trage wesentlich zur nationalen Kohäsion und zum gegenseitigen Verständnis zwischen den Sprachregionen bei, teilt EDK-Präsident Christophe Darbellay mit. Die EDK werde die Herausforderungen beim Unterricht in den Landessprachen und in Englisch sowie die verschiedenen Handlungsmöglichkeiten auf interkantonaler Ebene an den kommenden Sitzungen weiterdiskutieren.

### — Warum erwog der Bundesrat bereits vor zehn Jahren, zu intervenieren?

Vor zehn Jahren wollten der Thurgau und einige kleine Kantone Frühfranzösisch abschaffen. Damals drohte das Innendepartement unter Alain Berset mit einer Gesetzesvorlage, die alle Kantone zum Unterrichten einer zweiten Landessprache auf Primarstufe verpflichtet hätte. Die Kantone wollten damals eine solche Intervention jedoch verhindern. Der Thurgau lenkte schliesslich ein,

womit ein Eingreifen des Bundes hinfällig wurde. Allerdings hielt der Bundesrat damals fest, dass der Bund die Situation neu beurteilen werde, falls «ein Kanton entscheidend von der harmonisierten Lösung in der Sprachenfrage abweicht».

### — Warum kann sich der Bundesrat in die kantonale Bildungspolitik einmischen?

Grundsätzlich liegt die Bildungshoheit bei den Kantonen. Allerdings verlangt die Bundesverfassung eine Harmonisierung der Lehrpläne. Dies gibt dem Bundesrat die Kompetenz, einzutreten, falls die Kantone ihre Lehrpläne nicht abstimmen. Mit dem 2009 in Kraft getretenen Harmos-Konkordat haben sich die Kantone auf harmonisierte Lehrpläne geeinigt. Beim Fremdsprachenunterricht basieren diese auf der Sprachenstrategie, die die Kantone 2004 gemeinsam erarbeitet hatten. Die Strategie sieht vor, dass alle Kinder bis zum Ende der Volksschule zwei Fremdsprachen lernen – eine ab der 3. und eine ab der 5. Klasse.

### — Hielten sich denn bisher alle Kantone an die Sprachenstrategie?

Mit Ausnahme von Uri und Appenzell Innerrhoden haben sich bisher alle Kantone an diese Vorgabe gehalten. Nur Uri und Innerrhoden haben Frühfranzösisch nie eingeführt. Weil es sich dabei um kleine Kantone handelt, sah der Bundesrat keinen Anlass, einzutreten. Über 99 Prozent der Schulkinder in der Schweiz werden gemäss dem Sprachenkom promiss unterrichtet.